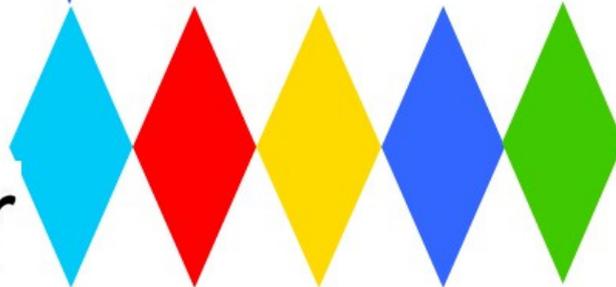


Frei
denker



Bayern
Info

Mitteilungsblatt des
Deutschen Freidenkerverbandes
Landesverband Bayern

Nr. 1/2017

Abi wieder nach 9 Jahren

Am 5. April fiel Entscheidung im Landtag - Kampf von Eltern, Schülern, Verbänden erfolgreich

Das bayerische G 8 wird abgeschafft - endlich! Nach 15 Jahren quälendem Hin und Her ist das "Turboabitur" G 8 nun Vergangenheit... Das neue Steckenpferd ist wieder G 9 - darauf reiten wohl jetzt die Parteien im anstehenden Landtagswahlkampf. Die C-Partei - so ist heute schon abzusehen - wird sich mit „Reformvorschlägen“ selbst übertreffen.

2003 hatte es noch ge**Stoibert**: 1 Jahr früher fertig sein mit dem Gymnasium - also G8 statt G9 – bringe mehr Kohle in die Rentenkassen. Die bayrische Wirtschaft sorgte sich, dass die jungen Leute so spät zu ihr kämen. Genutzt hat es ihnen letztlich allerdings nichts. Das G8 ist an der Ausdauer und den Argumenten seiner Gegner gescheitert.

Stationen des Scheiterns

Der Streit über ein acht-oder neunjähriges Gymnasium in Bayern dauert bereits seit einer „Reform“ unter Edmund Stoiber im Jahr 2003. Sein Motto: "Das deutsche Bildungssystem raubt den Jugendlichen wertvolle Zeit".

Die Hopplahopp-Einführung des G 8 dann bereits 2004 – ohne Konzept, Lehrplan, Stundentafeln, Lehrbücher. Klar war lediglich, was man zählen kann: Ein Jahr weniger Zeit ist mehr Unterrichtsstunden pro Tag und irgendwie auch irgendwann mal weniger Stoff.... Inzwischen fehlen fürs „neualte“ G 9 locker 1500 Lehrkräfte.

2011 sind dann die ersten G 8 Abiturprüfungen. Das Ergebnis: Überraschend viele Schüler bestehen die schriftlichen Prüfungen nicht – ein Schock für die Macher-Partei, wenig schmeichelhaft auch für ihre Fans aus dem Unternehmerlager. Im Herbst 2014

begann der langsame Abschied vom G8: Die CSU beschloss die Einführung einer „Mittelstufe plus“ zum Schuljahr 2015/16. Seitdem jagt ein Verbesserungsvorschlag den andern. „Mittelstufe plus“ heißt das Mantra der CSU, „Bildungspakete“ purzeln aufs Spielfeld.

Nicht schlecht, für humanistische Bildungsinhalte. Gute Zeiten, sich einzumischen und für reale Verbesserungen zu kämpfen.

Freidenker und Bildung:

Unser Bildungssystem ist gekennzeichnet durch soziale Auslese, die im mehrgliedrigen Schulsystem strukturell angelegt ist.

Hauptleidtragende sind Kinder aus nicht ‚besser verdienenden‘ Familien. Die wachsende Kinderarmut macht eine Chancengleichheit vollends zunichte.

Freidenker stellen die Frage:

„Für welches Leben soll gelernt werden?“ Grundsätzlich: Für die Ellenbogengesellschaft, als angepasste Ja-Sager – oder frei, autonom, selbstdenkend und aktiv handelnd?

Wir sind solidarisch mit allen demokratischen Initiativen, Interessensvertretungen und Aktiven im Bildungsbereich.

Theo Grünbaum

Lichtgestalten 2017:

Vom Christenmenschen Martin Luther

Man soll die Feste feiern, wie sie fallen. Geburtstage gehören dazu, und sei es die "Geburt" einer neuen religiösen Konfession. So geschehen anno domini 1517, am 31. Oktober. Der "Geburtshelfer" war bekanntlich Martin Luther, von Beruf Augustinermönch. Gefeiert wird ein Jahr lang, so will es die Evangelische Kirche in Deutschland.

Über zu Ehrende wird im allgemeinen so manches gute Wort verloren, es gilt sinngemäß die Regel: De mortuis nil nisi bene – Über Verstorbene soll man nur Gutes sagen. Diese Regel soll jetzt verletzt werden.

Luthers Verdienst soll es sein, die Bibel ins Deutsche übersetzt zu haben. Eine anerkennenswerte Leistung. Und da können einem schon mal Fehler oder Ungenauigkeiten unterlaufen. Daß diese, wie Luthers Bibelauslegung im allgemeinen, gerade den Herrschenden in den Kram paßten (und immer noch passen!), darf nicht übersehen werden. "Es ist das beste an der Religion, daß sie Ketzer hervorruff" stellt Ernst Bloch seinem Werk "Atheismus im Christentum" (AC) voran – Luther ist damit sicher nicht gemeint.

"Leid, Leid, Kreuz, Kreuz ist des Christen Teil" lehrt(e) Luther – aber nicht den Herren, sondern den geschundenen Bauern. Luther formulierte zwar in seiner Schrift "Von der Freiheit eines Christenmenschen" (1520), daß dieser "ein Herr über alle Dinge und niemandem untertan sei", aber frei nach dem Motto: "Was geht mich mein dummes Geschwätz von gestern an" galt das natürlich nicht für die Geknechteten und Erniedrigten. Ganz im Gegenteil. Luther übersah absichtlich und geflissentlich, daß es die "revolutionäre Bauernschaft [war], welche aus dem demokratischen Inhalt und dadurch eben erst aus solcher Sprache die Bibel als ihr Grundbuch einschlägig fand. Nicht nur wegen des Liebes-, sondern dringender wegen des Zorntons" (AC 44). Zorn? Oder gar Gewalt? - Luther war ein Gegner von Gewalt, das sei hiermit festgestellt! – wenn sie nicht von den Herren ausging.

Als Mönch lebte Luther – zumindest dem Anspruch nach – zölibatär, soll heißen ohne Sex und "unkeusche" Gedanken. Dem Zölibat entronnen, wandelte sich Luther. Die Ehe – Luther heiratete 1525 die ehemalige Nonne Katharina von Bora – war zwar für ihn als Mönch

noch ein "Spital der Siechen", aber ihre Annehmlichkeiten für ihn als laiierten Mann kostete er in Gänze aus: "In der Woche zwier, schaden weder ihm noch ihr", und wenn die Frau nicht zweimal pro Woche "wollte", dann gab es ein einfaches Mittel: "Will die Frau nicht, so komme die Magd."

Die Stellung der Frau in Ehe und Gesellschaft war für Luther eindeutig festgelegt. Eine Frau dürfe nichts anderes hören "als ihres Mannes Wort im Hause und zu Bette. Hört sie eines anderen Wort [...] ist sie gewißlich eine Hure". Schließlich seien Frauen "von Gott dazu geschaffen [...] die Männer zu erfreuen". Nur gut, daß Alice Schwarzer noch ein Weilchen auf sich warten ließ.



Nicht nur die Frauen, auch die Juden waren für Luther keine Menschen mit Rechten. Die Juden wollte Luther wirtschaftlich entrechten, ihnen gar die Religionsausübung verbieten. Er sprach sich für die Vertreibung der Juden aus. 1543 formulierte er, man solle jüdische Häuser und Schulen sowie die Synagogen "mit Feuer anstecken und was nicht verbrennen will, mit Erden beschütten, daß kein Mensch ein Stein oder Schlacke davon sehe ewiglich". Knapp 500 Jahre später sollten seine Wünsche in Erfüllung gehen.

In den Verlautbarungen und Publikationen der evangelischen Kirche, denen man nicht einmal mit Gottes Hilfe seit geraumer Zeit hat entgehen können – und dieser Zustand wird noch ein halbes Jahr lang andauern – ist (fast) nur vom "Gutmenschen" Luther die Rede. "De mortuis nil nisi bene" – nur gut, daß es in der evangelischen Kirche keine Ohrenbeichte gibt.

Walter Schmid, ScheBlitz

Lichtgestalten 2017:

Vom Sozialdemokraten Martin Schulz

Normalerweise schicken die etablierten Parteien ihre ausgemusterten Politiker nach Straßburg oder Brüssel, um während der Wartezeit auf eine ordentliche Pension pekuniär gut versorgt zu werden. Beispiel dafür ist Monika Hohlmeier, die Strauß-Tochter, die sich seit 2009 durch das Europaparlament alimentieren lässt. Als Ministerin für Unterricht und Kultur war sie davor für die Umstellung auf das achtjährige Gymnasium in Bayern zuständig und musste nach einer Affäre ihren Sessel räumen und nach Straßburg umziehen. Ganz anders scheint das bei Martin Schulz zu sein.

Martin Schulz startete seine Politkarriere 24-jährig als Stadtrat der in der Region Aachen liegenden etwa 29.000 Einwohner zählenden Kleinstadt Würselen. Mit 31 Jahren wurde er dort vom Stadtrat zum ehrenamtlichen Bürgermeister gewählt. Mit 39 Jahren wechselte er dann in das Europaparlament, wo er sich bis zum Parlamentspräsidenten hocharbeitete. Sieht man mal von der Bezahlung ab, ist nur noch Bundeskanzler ein weiterer Schritt nach oben auf der Karriereleiter.

Nun, der anfängliche Überschwang ist deutlich abgeflacht, trotzdem sei die Frage erlaubt, was treibt die SPD Genossen dazu, gerade Martin Schulz auf den Schild zu heben und was bitteschön verursacht diese Euphorie?

Soziale Gerechtigkeit

Mit dem Credo der sozialen Gerechtigkeit redete sich Schulz in die Herzen unverbesserlicher Optimisten in der SPD. Es darf daran erinnert werden, dass er einer der glühendsten Befürworter der Agenda 2010 war. Im Schulterschluss mit Schröder, Müntefering und Konsorten sprach er sich für die asozialen Hartz IV Gesetze, für die Deregulierung von Zeit- und Leiharbeit und für weitere Grausamkeiten der Rot/Grünen Koalition aus. „Man dürfe auch mal Fehler machen“, meint heute der Kanzlerkandidat der SPD und schlägt ein Reförmchen der Reform vor. Längeres Arbeitslosengeld für Ältere und schärfere Regeln für befristete Beschäftigung möchte er nach seiner Wahl durchsetzen. Das Geheul der Unternehmerverbände ließ nicht lange auf sich warten.

Eine sozialpartnerschaftliche Lösung nach einer Wahl, wäre höchste Wahrscheinlichkeit.

Europapolitik

Besonders auffällig erschien Martin Schulz auf dem Höhepunkt der Griechenlandkrise. Mit den Antigriechen und Hassprediger Wolfgang Schäuble wetteiferte er, den damaligen griechischen Finanzminister Yanis Varoufakis zu desavouieren. Dem Wirtschaftsprofessor wurde die nötige Sachkenntnis

abgesprochen und Schulz nannte ihn einen Spaßhansel mit dem es sich ernsthaft zu unterhalten verbiete. Seine verbalen Entgleisungen gipfelten in der Aussage: „Diese Regierung muss weg!“. Die gnadenlose Austeritätspolitik der EU begleitete er wohlwollend. Die unter dem Eurodiktat und der Bevormundung durch die Troika stöhnende Bevölkerung Griechenlands war ihm, trotz schwülstigem Bedauern, letztendlich egal.

Ampelkoalition präferiert

Kaum gingen die Umfragewerte für Martin Schulz und seine Partei nach oben, schon bekundeten die rechten Parteigranden, dass eine Koalition mit Bündnis 90/Die Grünen und FDP für sie die erste Wahl nach der Wahl wäre. Mit der FDP also, der überflüssig dahin dümpelnden Partei, die den Begriff Freiheit definiert mit der Freiheit der Reichen und Superreichen, Steuern auch legal zu vermeiden und die allenfalls noch die Freiheit unter den Brücken schlafen zu dürfen als Ausdruck ihrer Liberalität begreift?

Martin Schulz jedenfalls präferiert die Ampelkoalition. Eine Koalition mit der Linkspartei ist laut Gerhard Schröder erst dann möglich, wenn die Familie Lafontaine/Wagenknecht dort nichts mehr zu sagen habe, wenn stattdessen die Ramelows dort die Richtlinien bestimmen würden. Wer die Politik des thüringischen Landeschefs beobachtet, weiß wohin der Weg der Partei Die Linke gehen würde.

Erst wenn die Linkspartei ihren Widerstand gegen die Umwandlung der Bundeswehr in eine weltweit operierende Eingreiftruppe deutscher Interessen, gegen jegliche Auslandseinsätze der Bundeswehr, gegen die NATO-Osterweiterung und gegen Rüstungsexporte aufgibt, bekäme sie einen Platz am Katzentischchen einer Koalition. Danach würde sie in einem rotrotgrünen, kapitalfreundlichen, sozialfeindlichen und bellizistischen Bermuda-Dreieck verschwinden.

Reinhold Brunner, Nürnberg





OV München:

Jahres-Hauptversammlung 2017

Am 27. April fand die Jahreshauptversammlung des Ortsvereins München in der Seidlvilla in München-Schwabing statt. Die 18 anwesenden Mitglieder begrüßten die Landesvorsitzende Birgit Ludwig und die Schriftführerin des Landesvorstandes Daniela Liebl als Gäste.

Im Bericht des Vorstandes erläuterte Manfred Reuther die derzeitige doch etwas unübersichtliche Situation des Ortsvereins. Die Mitgliederzahl ist weiterhin rückläufig und liegt aktuell bei 118 Mitgliedern. Die monatlichen Aktiven-Treffen werden mit 4 - 8 Teilnehmern in unbefriedigendem Maße angenommen. Der Ortsverband konnte aber auch im letzten Jahr einige gute Veranstaltungen durchführen und eine gut besuchte Jahresabschlussfeier ausrichten.

Die bisherige Kassiererin Anja Wurtz legt aus persönlichen Gründen ihr Amt mit der JHV nieder. Bis zur Versammlung war es dem Vorstand nicht gelungen, eine Nachfolge zu benennen. Nach ausführlicher Diskussion hat sich Helmut Selinger bereit erklärt, das Amt zu übernehmen. Er wurde einstimmig bestätigt.

In der Diskussion zu den Berichten stand die Stabilisierung des Vereins im Mittelpunkt. Alle Anwesenden waren sich einig, dass mit den aktuellen politischen Ereignissen des letzten Jahres der Freidenker Verband wichtige Arbeit leistet und seine Existenzberechtigung hat. Für München ist es in der Zukunft wichtig, den Ortsverein wieder zu stabilisieren und ihn in der Öffentlichkeit wieder wahrnehmbar und für fortschrittliche Kräfte attraktiv zu machen. Dem Bericht folgte eine rege Diskussion, wie dieses Ziel zu erreichen sei.

Es wurde beschlossen, jeden 2. Donnerstag des Monats einen festen Termin im EineWeltHaus zu etablieren. Zunächst dient dieser dem Vorstand und den Aktiven dazu, die Koordinierung der Aktivitäten zu bewerkstelligen. Danach soll für Interessierte ein Stammtisch die Möglichkeit zum breiten Interessen- und Themenaustausch bieten.

Dazu wird ein umfangreicher Mail-Verteiler für die Einladungen erstellt. Deshalb werden alle Interessierten aufgerufen, ihre Mailadresse an den Vorstand zu senden.

In den nächsten Tagen erstellt der Vorstand einen Rundbrief, in dem über die in den nächsten Monaten geplanten Termine informiert wird.

André Schinck, München

Ostermarsch:

Für Frieden, Solidarität und Freiheit

So lautete das Motto des Ostermarsches, der zum 36. mal vom Nürnberger Friedensforum organisiert wurde.

Rund 1.000 Friedensfreunde aus unterschiedlichsten Organisationen in Nordbayern zogen von zwei verschiedenen Auftaktorten in Nürnberg vor die Lorenzkirche. Unter anderem angereist waren die Fürther Ostermarschierer, die sich vorher am Hiroshima-Denkmal in Fürth zum Auftakt versammelten. Eine Abordnung aus Ansbach von der Bürgerinitiative „Etz langt's“, die gegen die Aufrüstung der US-Basis in Katterbach bereits am Karsamstag demonstrierten, war ebenfalls anwesend und überbrachte ein Grußwort. Hauptredner war Pfarrer Dieter Schlee aus Nürnberg.

Deutsche Waffenexporte in aller Welt und die Modernisierung von US-Atombomben, die in Deutschland stationiert sind, waren nur einige der Themen.

Die geplanten Mehrausgaben für die Bundeswehr, der andauernde Konflikt in Syrien sowie die verschärfte Konfrontationspolitik der NATO-Staaten gegen Russland wurden thematisiert.



Der aktuelle türkische Militäreinsatz im kurdisch geprägten Südosten des Landes und Angela Merkels Flüchtlingsdeal mit der Türkei wurden kritisiert.

Hugo Putearius, Nürnberg

Impressum

Redaktion:

Reinhold Brunner

Redaktionsanschrift: Bayern-Info,

c/o. DFV-LV Bayern, Albrecht-Dürer-Str. 23, 85579 Neubiberg

Email: dtv-bayern@freidemker.de

Internet; www.bayern.freidenker.org

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:

Reinhold Brunner, Mathildenstrasse 37,

90489 Nürnberg

Konto des Landesverbandes Bayern:

IBAN: DE71 7008 0000 0411 6628 00